

Nach Anfrage zur Klimasituation

Verlinden warnt vor Anstieg des Meeresspiegels

CUXHAVEN. Angesichts eines prognostizierten Anstiegs der Durchschnittstemperatur um zwei Grad Celsius (bis 2050) hat die unter anderem für den Landkreis Cuxhaven zuständige Bundestagsabgeordnete Julia Verlinden (Bündnis 90/Die Grünen) eine Anfrage an das Umweltministerium gestellt. Es geht darin um die Veränderung des Meeresspiegels und die möglicherweise zu erwartenden Folgen für Nord- und Ostsee-Anrainer. Welche Gebiete geräumt beziehungsweise nur unter extremen Kosten bewohnbar gehalten werden könnten, wollte Verlinden wissen, erhielt allerdings nicht die von ihr erbetene Liste.

„Schnelles Handeln gefragt“

Die dafür nötigen Zahlenwerte würden derzeit nicht vorliegen, hieß es zur Begründung aus dem Ministerium. Gleichwohl erwähnt der zuständige Staatssekretär in seiner Antwort die Möglichkeit eines beschleunigten Anstiegs der Meeresspiegel – aus Sicht der Grünen-Abgeordneten Verlinden ein Alarmsignal: „Selbst die Bundesregierung spricht inzwischen von einem stärkeren Meeresspiegelanstieg als noch vor fünf Jahren angenommen. Diese düsteren Aussichten bedrohen vor allem die Küstenregionen und Inseln der Nord- und Ostsee. Jetzt ist schnelles Handeln gefragt. Wir brauchen endlich eine konsequente Klimaschutzpolitik, um einen noch viel stärkeren Anstieg des Meeresspiegels zu verhindern“, sagte die 39-Jährige. Mehr Klimaschutz bedeutet aus Sicht der Grünen-Parlamentarierin ein Umsteuern in der Landwirtschaft, im Bereich Verkehr und bei der Energieversorgung. Gleichzeitig müssten Bund und Länder viel mehr für Vorsorge und Schutzmaßnahmen in den betroffenen Regionen im Norden tun. (red)

Keine Beute

Täter brechen in Freibad ein

CUXHAVEN. Unbekannte sind in der Nacht zu Mittwoch in das Freibad Steinmarne in Duhnen eingebrochen. Die Täter zerstörten ein Fenster und flohen anschließend ohne Beute. Zeugen melden sich bei der Polizei Cuxhaven unter der Telefonnummer (0 47 21) 57 30. (red)



Im Anschluss an das Sommergespräch: Christine Babacé, Elke Roskosch-Bunte-meyer, Bernd Jothe und Elke Schröder-Roßbach vor dem neu eingerichteten Parteibüro von Bündnis 90/Die Grünen in der Cuxhavener Südersteinstraße. Foto: Koppe

Grüne nach eigenem Selbstverständnis: kooperativ und trotzdem streitbar

Im Sommerinterview mit unserer Zeitung definieren die Cuxhavener Grünen ihre Rolle innerhalb des auf Ratsebene gebildeten Dreier-Bündnisses. Elke Schröder-Roßbach, Christine Babacé, Elke Roskosch-Bunte-meyer und Bernd Jothe sprechen über Ökologie, Ökonomie, Kita-Plätze oder den Stellenwert von Kultur. Dabei blicken sie – mitunter auch selbstkritisch – auf die politischen Entscheidungsprozesse in dieser Stadt. Von Kai Koppe

In der politischen Sommerpause bietet es sich an, Bilanz zu ziehen: Was hat man geschafft, was gilt es noch zu erledigen... Welche Entscheidungen möchte die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vor Ablauf des Jahres noch unbedingt auf den Weg bringen?

SCHRÖDER-ROSSBACH: Erstens den Hundestrand! Wichtig ist uns auch, dass eine Lösung für die Vereins-Kitesurfer gefunden wird und die Preise in den Bädern nicht erhöht werden. Ein weiteres Thema ist die Neustrukturierung des Schlossensembles: Gespräche mit mehreren Akteuren sind gescheitert, aber das kann kein Grund sein, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Was den Bereich Kultur angeht, wünsche ich mir außerdem eine viel intensivere Zusammenarbeit zwischen Nordseeheilbad GmbH und Rathaus. JOTHE: Natürlich sind für uns Grüne weiterhin die ökologischen Themen Elbertiefung, Weltnaturerbe und Schlick, saubere Stadt und Klimaveränderung auf der Agenda. Ökonomie und Ökologie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Hier arbeiten wir eng mit unseren Landtags- und Bundestagsabgeordneten zusammen. Was wir ferner brauchen, ist die Fähre Cuxhaven-Brunsbüttel zur Zusammenführung der Wirtschaftsförderung und Sozialräume. Auch die Flüchtlingsarbeit ist für uns ein sehr wichtiges Thema. Wir wissen die Arbeit aller, die sich da engagieren, sehr zu schätzen, insbesondere auch den Arbeitskreis Asyl.

Die Grünen sind seit Beginn der Ratsperiode Teil einer Koalition mit CDU/FDP und der SPD. Aus Gründen der politischen Raison haben Sie sich in dieses Bündnis begeben, andererseits müssen Sie erleben, dass dieser Schritt nicht von jedem honoriert wird. Schließlich stehen die Grünen traditionell für die Rolle der Opposition!

JOTHE: Wir sind nicht Teil einer Koalition, sondern einer Kooperation. Wir sind daher nicht Opposition, sondern Teil der kommunalen Selbstverwaltung.

ROSKOSCH-BUNTEMEYER: Was nicht heißt, dass innerhalb der Kooperationsrunde nicht um Inhalte diskutiert oder gestritten würde. Wobei CDU und SPD vielleicht weniger Hemmungen haben, ihre eigenen Positionen schon während des Diskussionsprozesses nach außen zu tragen. Und sich darüber profilieren. JOTHE: Damit können wir als Grüne umgehen. Intern ist es allerdings schon so, dass bei manchen Leuten ab und zu der Adrenalinspiegel steigt.

Zuletzt ist das offenbar beim Thema Alter Fischereihafen passiert. Warum haben die Partner dort so gerungen?

SCHRÖDER-ROSSBACH: Bekannt ist ja, dass es um Bauhöhen ging. Genau genommen war der Antrag, der am weitesten ging, derjenige der Verwaltung. Wir haben unseren Beitrag geleistet, sodass es zu einem Kompromiss kam, mit dem der Investor leben kann.

Oft dauert es ziemlich lange, bis der Rat bei entscheidenden Themen tatsächlich einen Beschluss fasst. Muss Politik nicht mehr aufs Gas treten, zum Beispiel beim Mobilitätskonzept?

JOTHE: In unserer Vereinbarung steht, dass ausgehend vom Thema Fahrrad- und Mobilitätskonzept gehören im Grunde zusammen. Wir waren in der Situation, dass zunächst das Radkonzept rausgejagt wurde. Wir haben allerdings darauf hingewiesen, dass beides zusammengehört. SCHRÖDER-ROSSBACH: Jeder erhofft sich natürlich, dass so etwas schneller geht, aber es wird ja jetzt erst ausgeschrieben – mit der Maßgabe, dass ein Dritter beauftragt wird, die wichtigsten Routen zusammenzustellen. Das dauert einen Augenblick. Die Ungeduld

verstehe ich trotzdem. Was beim Thema Hundestrand läuft, finde ich allerdings unmöglich! Es geht nicht, dass Politik bei den eigenen Beschlüssen nicht zum Abdrücken kommt. Dahinter steckt das Problem der verschiedenen Kurteile, die alle ihre Klientel nicht verärgern wollen. JOTHE: Der Punkt ist doch, dass es der CDU offenbar schwerfällt, beim Thema Hundestrand eine Entscheidung zu treffen. Wenn man reinweg Opposition betreiben würde, könnte man natürlich sagen: So nicht! In der Kooperation wollen wir aber nicht spalten sondern wir sind darum bemüht, eine Lösung herbeiführen. ROSKOSCH-BUNTEMEYER: Es ist ja klar, dass in so einer Verbindung

unterschiedliche Interessen aufeinandertreffen. Bestimmte Prozesse dauern dann, und ich finde, da muss man sich auch Zeit lassen. Eine ganz andere Frage ist die, ob die Verwaltung überhaupt hinterherkommt, Beschlüsse umzusetzen. In anderem Zusammenhang haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass die kommunale Finanzausstattung auch strukturell schlecht ist. Wenn man bedenkt, wie viel Personal abgebaut worden ist im Vergleich zu vor 20, 30 Jahren, stellt sich schon die Frage, ob die das überhaupt noch schaffen können.

BABACÉ: Vergessen darf man nicht, dass es vielfach ums Geld geht. Wenn es um den von Ihnen angesprochenen Zustand der Radwege geht, ist das nicht nur eine Frage des Wollens, sondern auch eine Frage der Kosten. ROSKOSCH-BUNTEMEYER: Es gibt übrigens auch Punkte, wo Einigungen ziemlich schnell erfolgt sind: Bei den Kita-Neubauten, zum Beispiel. Obwohl man die Bedarfszahlen ja jahrelang verschleppt hat.

Trotzdem fehlt es in der Stadt an Kindergartenplätzen. Als Grüne haben Sie stets deutlich gemacht, dass es nicht nur um Quantität geht, sondern auch um qualifiziertes Personal. Warum gibt es diesbezüglich nach wie vor Probleme?

JOTHE: Hintergrund der Debatte sind Überlegungen, weitere Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen oder verstärkt Leute aus anderen Bereichen mit einzubeziehen – mit dem Ziel, Erzieher zu entlasten. Im Bereich der Berufsschulen hat man das mit dem ProReKo-

Modell vorgemacht, wie es gehen kann, aber das stößt im Kita-Bereich auf Vorbehalte.

Weil Erzieher vermutlich befürchten, dass ihr Berufsstand schleichend unterhöhlt wird.

BABACÉ: Problem ist, dass die Diskussion immer nur unter dem Kostenaspekt läuft, nach dem Motto: Die machen das, weil es billig ist. Die qualitativen Potenziale spielen in der Debatte keine Rolle. Daher rührt die Skepsis der Beschäftigten.

Personalfragen scheinen auch auf Rathaus-Ebene nicht einfach zu beantworten zu sein: Der Kulturamtsleiter geht demnächst in Pension, die Stelle des Veranstaltungsliegers ist nach wie vor vakant, wer die Wirtschaftsförderung leitet, ist derzeit unklar.

SCHRÖDER-ROSSBACH: Im Kulturbereich ist das Problem offensichtlich. Das Veranstaltungszentrum ist bei weitem nicht ausgenutzt, da gäbe es ganz andere Potenziale. Es gab durchaus Gespräche mit Herrn Krenwenka, die Idee, das Stadttheater ins Veranstaltungszentrum zu nehmen, ist aber nicht weiter verfolgt worden. Ich vermisse das und bin grundsätzlich der Meinung, dass Kultur in dieser Stadt einen anderen Stellenwert braucht – im Sinne eines übergreifenden Ressorts. Ich gehöre zu denjenigen, die nicht unbedingt zwischen Kultur für Touristen und Kultur für Einheimische unterscheiden: Beides kann qualitativ hochwertig sein. Ich finde eine Verzahnung gut. Es regt mich auf, wenn ich im Kurgebiet keine Werbung für städtische Einrichtungen sehe. Da zeigt sich, dass es keine Schnittstelle gibt!

ROSKOSCH-BUNTEMEYER: Wir haben auch ganz viele Initiativen im Kulturbereich vor Ort, die müssen auch einbezogen werden. Ich sehe nicht, dass das passiert. JOTHE: Tourismus ist immer orientiert an einer relativen Kostendeckung. Bei Kultur hingegen muss man darauf aufpassen, dass nicht alles unter dem ökonomischen Aspekt betrachtet wird.

Propos Finanzen: Beim Thema Schuldentilgung muss sich die Stadt eingestehen, dass die Kuh noch längst nicht vom Eis ist. Warum hat die Politik trotzdem Zuge-

ständnisse bei der Gewerbesteuer gemacht?

JOTHE: In der jüngsten Diskussion um den Hebesatz hätten wir uns durchaus vorstellen können, den ursprünglichen Weg (465 v. H., d. Red.) zu beschreiten. Damit lagen wir, glaube ich, auf der richtigen Seite. Ob der Kompromiss, den wir am Ende mitgetragen haben, so klug gewesen ist, möchte ich mal dahingestellt lassen. Wir müssen beim Thema Entschuldung einfach dranbleiben. Nicht im Sinne von kaputtsparen, aber wenn man sieht, was einige Wirtschaftsvertreter hier gemacht haben – wie sie den Druck in den letzten Monaten erhöht haben – wirkt das Resultat doch wieder wie ein Einknicken der Kooperationspartner vor der Wirtschaftslobby. Das bedauere ich sehr. ROSKOSCH-BUNTEMEYER: Es geht jetzt für die Stadt darum, strukturell bei ihren Einnahmen etwas zu verändern, deswegen einen Gewerbesteuer-Hebesatz von 465.

2019 wird in Cuxhaven ein neuer Oberbürgermeister gewählt werden. Wissen die Grünen denn schon, wie sie – was die Kandidatenfrage betrifft – in diesen Prozess gehen?

JOTHE: Hier ist die Partei gefragt ROSKOSCH-BUNTEMEYER: Wir sind untereinander im Gespräch – und wollen auch das Gespräch mit den politischen Partnern, nämlich mit CDU/FDP und SPD, suchen. Dr. Getsch wird noch bis September 2019 Oberbürgermeister sein, trotzdem arbeiten wir an einer Position, die wir zunächst einmal inhaltlich diskutiert haben. Wobei man sich natürlich nichts vormachen muss: Es hängt immer auch von der Person ab und die Anforderungen an einen Oberbürgermeister sind sehr hoch, da er einerseits die Verwaltung mit rund 400 Beschäftigten leitet und andererseits auch die Nahtstelle zur Politik ist. Es ist ganz entscheidend, welche Person diese Aufgabe übernimmt. Sie muss Standing haben und von der Politik mitgetragen werden. In der Vergangenheit haben wir ja auch miterlebt, dass man den ein oder anderen auf den Schild gehoben hat – am Ende aber nicht für lange! Mit Ulrich Getsch, der ja auch unser Kandidat gewesen ist, haben wir dagegen eine sehr stabile Situation gehabt.

» Das Resultat wirkt doch wieder wie ein Einknicken der Kooperationspartner vor der Wirtschaftslobby. Das bedauere ich sehr.«

Bernd Jothe, Ratsfraktionsvorsitzender

Ihr Draht zu uns

(0 47 21) 585- oder

(0 47 51) 901-

Leser- / Zustellservice: -333

Lokalredaktion:

| | |
|------------------------------|------|
| Kai Koppe (kop) | -377 |
| Wiebke Kramp (wip) | -169 |
| Kai-Christian Krieschen (kk) | -355 |
| Frank Lütt (flü) | -368 |
| Jens-Christian Mangels (man) | -182 |
| Jens Potschka (jp) | -362 |
| Maren Reese-Winne (mr) | -391 |
| Thomas Sassen (tas) | -374 |
| Egbert Schröder (es) | -168 |
| Jara Tiedemann (ja) | -376 |
| Jan Unruh (jun) | -367 |
| Felix Weiper (fw) | -365 |
| Herwig V. Witthohn (hwi) | -393 |

Online-Redaktion:

Marcel Kolbenstetter (mak) -208

redaktion@cuxonline.de

Cuxhavener Nachrichten

Herausgeber und Verlag: Cuxhaven-Niederelbe Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Kaemmererplatz 2, 27472 Cuxhaven
www.cn-online.de

Geschäftsführung: Hans-Georg Güler, Ralf Drossner

Leitung Vermarktung: Lars Duderstadt, Ulrike von Holten (Stv.)

Redaktionsleitung: Felix Weiper (V.i.S.d.P.), Ulrich Rohde (Stv.)

Mantelredaktion: Christoph Linne, Redaktionsgemeinschaft Nordsee, Hafenstr. 140, 27576 Bremerhaven

Druck: Druckzentrum Nordsee, der Nordsee-Zeitung GmbH, Am Grollhamm 4, 27574 Bremerhaven